



Merkblatt zur Sozialhilfe im Pflegeheim

Sehr geehrte Frau, sehr geehrter Herr,

für Sie steht die Aufnahme in ein Heim unmittelbar bevor, bzw. ist bereits erfolgt. Dieses Merkblatt soll Sie über die sozialhilferechtliche Abwicklung, die im Zusammenhang mit Ihrer Heimaufnahme entsteht, informieren. Das kann natürlich nur im groben Überblick geschehen. Einzelfragen sollten Sie daher mit Ihrem Sachbearbeiter oder Ihrer Sachbearbeiterin klären.

Grundsatz

Sozialhilfe können Sie nur erhalten, wenn Sie alle anderen Möglichkeiten ausschöpfen, um Sozialhilfe entbehrlich zu machen. Vorrangige Ansprüche gegen Dritte, sowie Ihr Einkommen und Vermögen müssen Sie grundsätzlich bis auf wenige Ausnahmen einsetzen.

Beginn der Sozialhilfe

Sozialhilfeansprüche haben Sie immer erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Ihr Bedarf dem Sozialamt bekannt gegeben worden ist. **Schulden werden** daher in der Regel **nicht übernommen**. Das gilt auch dann, wenn Sie diese Schulden zur Deckung Ihres Bedarfs eingegangen sind.

Anspruchsprüfung

Den Antrag können Sie bei dem für Sie zuständigen Sozialamt in Ihrer Stadt stellen. Danach prüft das Sozialamt des Kreises, ob und in welcher Höhe Ansprüche Ihrerseits bestehen. Es ist daher unerlässlich, Ihrem Antrag folgende Unterlagen beizufügen:

1. Notwendigkeitsbescheinigung der Heimbedürftigkeit durch den Medizinischen Dienst
2. Leistungsbescheid/Einstufungsbescheid der Pflegekasse, soweit vorhanden
3. Rentenbescheide über Altersruhegeld, Witwenrente, Werksrente, Zusatzrente usw.
4. Girokontoauszüge der letzten drei Monate vor Heimaufnahme
5. Vermögensnachweise, wie z.B. : Bargeld, Sparbücher der letzten 10 Jahre, Wertpapiere, Grundbesitz etc.
6. Policen über Sterbe- und Lebensversicherungen mit Nachweis über die aktuellen Rückkaufswerte
7. Schwerbehindertenausweis
8. Betreuungsurkunde (bei Betreuung), oder Vollmacht (bei Vertretung)
9. Befreiungsausweis Ihrer Krankenkasse, sofern vorhanden

Leider kann es nicht immer gelingen, über Ihren Antrag kurzfristig zu entscheiden. Da jedoch bei Alleinstehenden fast immer der Einsatz der gesamten Einkünfte verlangt werden muss, sind die Heime berechtigt, diese bereits vor einer endgültigen Entscheidung zu vereinnahmen (meist ab dem zweiten oder dritten Monat nach Aufnahme). Sollte ein Ehegatte zu Hause verbleiben, ist die Vorgehensweise mit dem Sozialamt abzusprechen.

Kostenübernahme

Nach erfolgter Heimaufnahme und abschließender Prüfung erhalten Sie (oder Ihr/e Betreuer/in) einen Bewilligungsbescheid, aus dem Sie Ihren Anspruch erkennen können, bzw. einen Ablehnungsbescheid, wenn kein Anspruch besteht. Dieser setzt Sie auch über die endgültige Höhe des von Ihnen an das Heim abzuführende Einkommen in Kenntnis. Sofern ein Anspruch besteht, werden die verbleibenden Kosten direkt zwischen Sozialamt und Heim abgerechnet.

Vermögenseinsatz

Eine Sozialhilfegewährung ist nicht nur vom Einsatz des Einkommens abhängig, sondern auch vom Einsatz des Vermögens. Gesetzliche Regelungen belassen Ihnen aber bei Geldvermögen einen Freibetrag, der sich zumeist auf 2.600 Euro beläuft. Über die für Sie zutreffende Höhe, sowie über weitere geschützte Vermögenswerte können Sie sich bei Ihrem/Ihrer Sachbearbeiter/in informieren. Bei Einsatz von Vermögenswerten ist der Sozialhilfeträger aufgrund gesetzlicher Regelungen angehalten, auch verschenktes oder übertragenes Vermögen der letzten 10 Jahre zu berücksichtigen.

Taschengeld

Als Heimbewohner steht Ihnen ein monatlicher Barbetrag (Taschengeld) zur Verfügung. Die Höhe beläuft sich auf derzeit 93,69 Euro (Stand 01.07.2007). Die Auszahlung des Betrages erfolgt meist jeweils zum Monatsanfang durch die Heimverwaltung.

Vom Barbetrag sind u.a. auch die Zuzahlungen zu den Leistungen Ihrer Krankenversicherung zu entrichten. Sofern Sie als Heimbewohner/in jedoch Sozialhilfe erhalten, ist die Zuzahlung auf eine jährliche Höchstgrenze von derzeit 82,80 Euro (bzw. 41,40 Euro für chronisch Kranke) begrenzt. Diese Zuzahlung kann ggf. von Ihrem Sozialamt darlehensweise übernommen werden; der Barbetrag würde dann entsprechend anteilig gekürzt.

Pflegewohngeld

Im Bereich des Landes Nordrhein-Westfalen kann bei Pflegebedürftigkeit für jeden Pflegeheimplatz ein Bewohner orientierter Aufwendungszuschuss (Pflegewohngeld) gewährt werden. Die Antragstellung erfolgt durch die Einrichtung, ersatzweise kann er von Ihnen gestellt werden. Sofern ein Zuschuss, der u.a. von Ihrem Einkommen und Vermögen abhängig ist, bewilligt werden kann, wird dieser direkt an den Einrichtungsträger gezahlt. Über die Höhe wird der Einrichtungsträger in Kenntnis gesetzt. Pflegewohngeld ist keine Sozialhilfe und daher auch nicht von Ihren Unterhaltsansprüchen abhängig.

Unterhalt

Eltern, Kinder und getrennt lebende oder geschiedene Ehegatten sind grundsätzlich zum Unterhalt verpflichtet, sofern sie leistungsfähig sind. Die Betroffenen erhalten daher im Falle der Sozialhilfegewährung eine schriftliche Aufforderung, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse darzulegen (Einkommen, Vermögen, Belastungen).

Pflichten

Sie sind verpflichtet, Angaben über Ihre persönliche und wirtschaftlichen Verhältnisse richtig und vollständig zu machen und Änderungen unverzüglich mitzuteilen. Leistungen, die auf vorsätzlich oder grob fahrlässig in wesentlicher Beziehung unrichtigen oder unvollständigen Angaben beruhen, sind daher an den Sozialhilfeträger zu erstatten. Ggf. kann ein Strafverfahren wegen Betruges eingeleitet werden. Unterlassen Sie die erforderliche Mitwirkung, verlieren Sie unter Umständen Ihren Anspruch auf Sozialhilfe.

Verfahrensablauf / Ansprechpartner

Der Sozialhilfeantrag ist grundsätzlich bei dem für Sie zuständigen Sozialamt am bisherigen Wohnort zu stellen. Die weitere Bearbeitung erfolgt dann beim Kreissozialamt Mettmann, Düsseldorfer Str. 47, 40822 Mettmann. Termine können nach erfolgter Terminabsprache unter der **Telefon-Nr. 02104/ 99-0** bei der/dem für Sie zuständigen Sachbearbeiter/in wahrgenommen werden (wird empfohlen). Sofern Sie jedoch Anspruch auf Kriegsopferfürsorge haben, ist die jeweilige Fürsorgestelle für Sie zuständig.

Im Internetangebot des Kreises Mettmann finden Sie auch weiter gehende Informationen. Die Adresse lautet: www.kreis-mettmann.de